



## Pressemitteilung

Ansbach, 15. Februar 2009

*In Viernheim sitzt Bürgerinitiative in der Lärmschutzkommission:*

### Kein Überflugverbot: Hubschrauberabsturz in Ansbach hätte katastrophale Folgen

*Bürgerinitiative „Etz langt's!“ wendet sich an Bundestagsfraktionen*

Die Bürgerinitiative „Etz langt's!“ (BI) hat jetzt zum jüngsten Absturz eines US-Militärhubschraubers „Black-Hawk“ nahe dem südhessischen Viernheim Stellung bezogen. Der BI-Vorstand bedauerte den Tod der abgestürzten Besatzung und wies darauf hin, dass ein Absturz von Ansbacher oder Illesheimer US-Helikopter katastrophale Folgen hätte. Grund ist das fehlende Überflugverbot von Wohngebieten.

„In unserer Region ist die Zivilbevölkerung bei Hubschrauberabstürzen extrem gefährdet“, sorgt sich die BI und unterstrich, wie wichtig daher eine zügige Umsetzung des Stadtratsbeschlusses ist, der explizit neben einem Nachtflugverbot für Katterbach ein kategorisches Überflugverbot aller Wohngebiete verlangt.

Anders die Situation in Viernheim: Der nahe US-Hubschrauberstandort in Mannheim ist viel kleiner, es gelten bürgerfreundlichere Flugbestimmungen. Zudem sitzt die örtliche Bürgerinitiative gegen Fluglärm in der Lärmschutzkommission und bestimmt Flugrouten mit, erfuhr die BI auf Anfrage bei der Stadt Viernheim. „Auch in Ansbach und Illesheim müssen betroffene Bürger endlich mit in die Kommission“, forderte der „Etz langt's!“-Vorstand.

Nachdem Staatsregierung und Verteidigungsministerium nach wie vor Unterstützung bei der Umsetzung eines besseren Schutzes der Bevölkerung vor dem US-Hubschrauberbetrieb versagen, hat sich die BI jetzt an die Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen gewandt. Parlamentarische Initiativen werden noch für das Frühjahr 2010 erwartet.

### **BI-Vorsitzender wirft Verteidigungsministerium „rustikale Arroganz“ vor**

Derweil hat der BI-Vorsitzende Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer Verteidigungsminister zu Guttenberg auf dessen Aussage geantwortet, ein Gespräch mit Lärmgeschädigten Bürgern sei „nicht zielführend“ (NN, FLZ, 15.01.10). Er bezeichnete das Verhalten insbesondere des Staatssekretärs Christian Schmidt (CSU) als „rustikale Arroganz“. Schmidt sei für Ausbau und Aufrüstung der Hubschrauberbasis Ansbach in hohem Maße persönlich verantwortlich und versuche nun, sich „hinter seinen Fehlentscheidungen zu verstecken“.

*gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher*